

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 19. Mai 2014, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 19 und 20 vom 8. und 15. Mai 2014 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden zudem durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsidentin	Frau Meier Christine
Stimmzähler	Frau Fankhauser Larissa und Herr Rössler Andreas
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschbacher Yves, Beck Daniel, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bossard-Jenni Tabea, Bucher Theophil, Burri Maja, de Quervain Anna, Dür Hermann, Fankhauser Karin, Geiser Urs, Gerber Thomas, Gnehm Urs, Grimm Thomas, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Kälin Tobias, Kuster Müller Beatrice, Manz Pierre, Meier Marcel, Mumenthaler-Bill Mirjam, Niederhauser David, Penner Nadaw, Pfister Urs, Pieren Nadja, Rappa Francesco, Righetti Sandro, Ritter Michael, Rosser Bruno, Rüfenacht Andrea, von Arb Peter, Weber Werner und Wyss Christoph
Entschuldigt	Herren Burkhard Georg, Dubach Roland, Haller Dieter und Messerli Niklaus
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Gübeli Charlotte, Kummer Hugo, Probst Andrea, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftsperson	-
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 24. März 2014	3
2. Informationen der Stadtratspräsidentin	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	3
4. Reglement über den Preis für soziales Engagment (Sozialpreisreglement); Änderung	4
5. Prüfung Jahresrechnung 2014 und 2015 - Ernennung einer Revisionsstelle	5
6. Haushaltgleichgewicht 2020	5
a) Haushaltgleichgewicht 2020: Finanzstrategie	6
b) Auftrag BDP, CVP, EDU, FDP und SVP betreffend "Finanzen der Stadt Burgdorf"	8
c) Auftrag BDP, CVP, EDU, FDP, GLP und SVP betreffend "Nachhaltige Entwicklung Stadt Burgdorf"	10
d) Auftrag SP-Grüne-Fraktion betreffend "Städtische Spezialfinanzierung und Liegenschaftssteuer"	15
7. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	17

Verhandlungen

Appell

Der durch die Stimmzählerin Fankhauser Larissa durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 24. März 2014

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 24. März 2014.

2. Informationen der Stadtratspräsidentin

Stadtratspräsidentin Meier Christine begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung. Im Speziellen begrüsst sie als neues Stadratsmitglied Grimm Thomas und wünscht ihm viel Freude im Amt.

Die Vorsitzende gratuliert den gut wiedergewählten Grossräten Kummer Hugo, Aeschlimann Martin und Zäch Elisabeth. Es ist schön zu wissen, dass sie die Stadt Burgdorf auf kantonaler Ebene vertreten. An der letzten Stadtratssitzung wurde der dringliche Jugendantrag eingereicht. Die Unterschriften wurden überprüft. Es sind 43 gültige Unterschriften beglaubigt worden. Nötig wären 30 Unterschriften gewesen. Der Jugendantrag ist gültig. Der diesjährige Stadtratsausflug findet am Freitag, 24. Oktober 2014 ab 16.45 Uhr statt und wird eine sportliche Gelegenheit sein. Der SR wird gebeten, den Termin bereits jetzt zu reservieren. Die Mitglieder des SR wurden mit verschiedenen Informationen und Unterlagen bedient. Der SR erhält bereits heute die Unterlagen zum Geschäftsbericht sowie den Stellungnahmen und Abschreibungsanträgen der Vorstösse und Aufträge für die Stadtratssitzung vom 23. Juni 2014. Im Weiteren erhält der SR die Einladung zur Informationsveranstaltung Campus Burgdorf vom 18. Juni 2014 sowie die Einladung zur GV der Localnet AG.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert über die Informationsveranstaltung Campus Burgdorf vom 18. Juni 2014 sowie über die Wasserflasche ChatEau Burgdorf. Am 18. Juni 2014 findet bei der Fachhochschule in Burgdorf eine Informationsveranstaltung zum Campus Burgdorf statt. Wie geht es mit dem Burgdorfer Fachhochschulstandort weiter? Einbezogen wird auch die Vision von Burgdorf als Gesundheitswirtschaft. Darüber wird man an diesem Anlass zum ersten Mal aus erster Hand informieren. Die Informationsveranstaltung wird vom HIV Region Emmental organisiert. Der HIV Region Emmental steht hinter dem Anliegen und möchte sich an der Diskussion beteiligen. Der HGV hat sich ebenfalls angeschlossen und macht mit bei diesem Anlass. Es ist erfreulich, dass die Wirtschaft dahinter steht und den Ansporn gegeben hat. Die Medien, der SR und Gemeinderat (GR) sowie weitere politische Interessierte sind ebenfalls eingeladen. Es wird ein guter Anlass. Es gibt einerseits Informationen zum Fachhochschulstandort und andererseits wird Herr Michel Simon über die gemeinsame Initiative Gesundheitswirtschaft informieren. Am Schluss wird ein Apéro riche von der Alfred Müller AG spendiert. Dem SR wurde zudem die Wasserflasche ChatEau Burgdorf verteilt. Diese ist ein neues Projekt von Altstadt plus. Die Wasserflasche wird an alle Personen verteilt, die einen Flyer mieten und der Herzroute entlang fahren. Die Wasserflasche soll vorzugsweise am Kronenbrunnen gefüllt werden. Die Stadtpräsidentin gratuliert diversen erfolgreichen Leuten. Unter anderem Stadträte Weber Werner und Gerber Thomas für die erfolgreiche Bier-GV sowie

Stadtrat Gnehm Urs für das sehr gute Jahr der Localnet AG. Den Herren wird für ihre Arbeit und ihr Engagement gedankt.

Gemeinderat Kummer Hugo orientiert über die Wiedereröffnung des Kapellenweges. Der SR hat die entsprechende Medienmitteilung erhalten. Der Kapellenweg musste für längere Zeit gesperrt werden. Der Kapellenweg ist auf der Gefahrenzone rot markiert. Im letzten Winter kam es zu verschiedenen Felsabbrüchen. Die Gefahr wurde bemerkt und deshalb wurde der Weg auch grossräumig gesperrt. Mit Geologen wurde das ganze Gebiet abgesucht und analysiert. Zum Glück wurde die Massnahme vollzogen, denn am 2. Mai 2014 sind rund 20 Kubikmeter Geröll heruntergefallen. Letzte Woche hätte die ganze Felswand nochmals kontrolliert werden sollen. Angesichts des schlechten Wetters beginnen diese Arbeiten erst diese Woche. Für einige Leute war die Sperrung des Weges unangenehm. Es ist vorgesehen, dass die Fluh alle zwei Jahre überprüft wird.

Gemeinderat Aeschlimann Martin informiert über die Einladung mit dem E-Bike der Sonne entgegen vom 17. Juni 2014. Der SR hat die Einladung erhalten. Es ist eine Veranstaltung der Städte Bern und Burgdorf sowie die Gemeinden Köniz und Ostermundigen. Der Anlass findet am Dienstag, 17. Juni 2014 ab 16.30 Uhr statt. Eingeladen sind die Parlamentarier und Parlamentarierinnen der entsprechenden Städte und Gemeinden. Die Fahrt geht an Bespielen entlang, die Ideen aufzeigen zur Energieeffizienz und Baueffizienz sowie der Nutzen der Solarenergie. Der Anmeldeschluss ist der 2. Juni 2014. Seit gestern wissen wir, dass die AKW-Schliessung bald erfolgt.

4. Reglement über den Preis für soziales Engagement (Sozialpreisreglement); Änderung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte teilt mit, dass sie nach fast 1½ Jahren das erste Mal ein Geschäft im SR vertreten kann. Warum schlägt die Sozialkommission eine Änderung des Sozialpreisreglementes vor? Im Jahr 2013 hat die Stadt Burgdorf den Preis zum 7. Mal ausgeschrieben und verliehen. Leider musste in den letzten Jahren festgestellt werden, dass immer weniger Bewerbungen eingereicht wurden. Das führt unweigerlich dazu, dass der wichtige Preis, der das Engagement von Einzelpersonen und Gruppen in Burgdorf honoriert, abgewertet wird. Das wäre sehr schade, denn es ist eine wunderbare Möglichkeit, die von Unzähligen freiwillig geleistete Arbeit sichtbar zu machen. Man hat sich überlegt, wie man der Abwertung des Sozialpreises entgegen wirken kann. Die Sozialkommission schlägt vor, dass der Preis statt jährlich nur noch alle zwei Jahre vergeben wird. Die entsprechenden Mottos, unter denen der Sozialpreis jeweils verliehen wird, sind nicht unbeschränkt vorhanden. Um dem Sozialpreis zusätzlich mehr Gewicht zu geben, soll das Preisgeld von Fr. 5'000.-- auf 8'000.-- erhöht werden. Eine weitere Änderung betrifft den Artikel 5 Punkt 2, der neu heissen soll: "Das Preisgeld soll in der Regel auf mehrere Gewinner aufgeteilt werden." statt "Das Preisgeld kann ausnahmsweise auf mehrere Gewinner aufgeteilt werden.". Die Überlegungen für diese Änderung sind, dass am Abend der Preisverleihung alle Anwesenden als Gewinner nach Hause gehen sollen. Es sollen nicht Zweidrittel der Anwesenden enttäuscht und wütend nach Hause gehen. Es sind nämlich Freiwillige, die sehr viel Arbeit leisten für Burgdorf und deshalb sollen alle honoriert werden. Auch Fr. 500.-- kann für jemanden, der freiwillige Arbeit leistet, ein grosser Beitrag sein, der beim entsprechenden Projekt hilft. Dem Nominationsausschuss soll zudem die Möglichkeit gegeben werden, auf Wunsch eine Fachperson beizuziehen, die selbstverständlich unentgeltlich mitmacht. Die vorliegenden Änderungen werden dem Sozialpreis wieder das Gewicht verleihen, das es verdient hat. Der SR wird gebeten, den Änderungen zuzustimmen.

Stadtrat Grimm Thomas, namens der FDP, informiert, dass man es eine gute Sache findet. Es ist jedoch widersprüchlich, dass in der Vorlage bei der Kadenz der Ausschreibung steht, dass der Preis in der Regel alle zwei beziehungsweise in den ungeraden Jahren verliehen wird. Bei der Änderung des Reglementstextes steht jedoch, dass der Preis alle zwei Jahre in den ungeraden Jahren verliehen wird.

Antrag FDP

Art. 2: Der Preis wird **in der Regel** alle zwei Jahre in den ungeraden Jahren verliehen und öffentlich ausgeschrieben.

Stadträtin Mumenthaler Mirjam, namens der Grünen-Fraktion, orientiert, dass es in Burgdorf viele Einzelpersonen, Vereine und Institutionen gibt, die sich sozial engagieren. Die Grünen-Fraktion dankt an dieser Stelle allen, die sich zum Wohle von anderen einsetzen. Die Vergabe des Sozialpreises bietet der Stadt Burgdorf eine Plattform, um das vielfältige Engagement zu würdigen. Die Gewinnerinnen und Gewinner repräsentieren alle gemeinnützigen Personen und Institutionen. Bei der Verleihung ist es deshalb wichtig, dass man nicht nur Gewinnerinnen und Gewinner berücksichtigt, sondern sich bei dieser Gelegenheit bei allen bedankt, die sich in Burgdorf sozial engagieren. Die Grünen-Fraktion ist mit den Änderungen im Reglement einverstanden. Die Verleihung des Preises alle zwei Jahre erscheint aufgrund der erwähnten Begründungen sinnvoll. In der Sozialkommission wurde darüber diskutiert, ob die Verleihung in der Regel alle zwei Jahre stattfinden soll. Es darf jedoch nicht sein, dass der Sozialpreis wegen Sparmassnahmen gekürzt oder abgesagt würde. Aus diesem Grund wird der Antrag der FDP abgelehnt. Die Erhöhung des Preisgeldes ermöglicht es auch, dass es für mehrere Gewinner "ein schöner Batzen" ist. Das Wahlverfahren durch die Sozialkommission zuhanden der Jury bleibt in etwa gleich. Ermöglicht aber trotzdem, falls gewünscht, die Erweiterung des Wahlgremiums. Die Grünen-Fraktion dankt für die grosse Unterstützung der Sozialdirektion und der zuständigen Gemeinderätin Gübeli Charlotte. Als Mitglied der Sozialkommission freut sich Stadträtin Mumenthaler Mirjam bereits heute auf die Durchführung der nächsten Verleihung des Sozialpreises.

A b s t i m m u n g

Antrag FDP

Art. 2: Der Preis wird **in der Regel** alle zwei Jahre in den ungeraden Jahren verliehen und öffentlich ausgeschrieben.

Der Stadtrat lehnt mit 16 Ja und 19 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung den Antrag ab.

S c h l u s s a b s t i m m u n g

1. Der Stadtrat genehmigt die im Antrag beschriebenen Änderungen des Sozialpreisreglements.
2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Der Stadtrat genehmigt mit 35 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung die Anträge.

5. Prüfung Jahresrechnung 2014 und 2015 - Ernennung einer Revisionsstelle

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Pfister Urs möchte wissen, warum die ROD AG aus Urtenen-Schönbühl nicht offeriert hat.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass man das nicht weiss.

A b s t i m m u n g

1. Der Stadtrat ernennt die Firma BDO AG, Burgdorf, zur Revisionsgesellschaft für die Prüfung der Jahresrechnungen 2014 und 2015.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

6. Haushaltgleichgewicht 2020

Stadtratspräsidentin Meier Christine teilt mit, dass das vorliegende Geschäft aus vier Teilen besteht. Einerseits aus der Finanzstrategie des GR, die dem SR zur Kenntnis vorgelegt wird. Und andererseits aus den drei Aufträgen, die von den Fraktionen eingereicht worden sind. Der SR wurde an der Informationsveranstaltung vom 6. Mai 2014 ausführlich, fundiert und informativ über die Hintergründe

der Finanzstrategie informiert. Die Informationsveranstaltung war ein guter Anlass, der auch erläuterte, warum der GR diese Finanzstrategie vorschlägt. Die einzelnen Präsentationen wurden auf dem Extranet der Stadt Burgdorf aufgeschaltet.

a) Haushaltgleichgewicht 2020: Finanzstrategie

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, informiert, dass man anlässlich der Sitzung vom 24. April 2014 von Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth, Stadtschreiber Schenk Roman und Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, ausführlich in den Bericht Haushaltgleichgewicht 2020 eingeführt und informiert wurde. Die Auskunftspersonen haben allfällige Fragen beantwortet und die Anregungen und Bemerkungen der GPK wurden entgegengenommen. Mit dem Bericht bekommen wir eine gute Übersicht der bisherigen Finanzstrategie. Dies beinhaltet auch die durchgeführten Verzichtsplanung und Sanierungsstrategien sowie die diversen Speziallösungen. Im Weiteren wird die zukünftige Finanzstrategie des GR aufgezeigt. Der Bericht beantwortet insbesondere auch die Frage der Auswirkung zur Einführung von HRM2 auf Stufe Gemeinde per 1. Januar 2016 und was es für einen Einfluss auf den städtischen Finanzhaushalt haben wird. Mit der Einführung des Ampelsystems wird ersichtlich, wie der Finanzhaushalt gesteuert wird und wann die Ampel auf rot, grün oder gelb leuchtet. Für die umfassende Arbeit der Verwaltung und des GR dankt die GPK. Der Bericht ist eine gute Übersicht und gute Grundlage für die parlamentarische Arbeit. Der Bericht zeigt aber auch, dass die politische Behörde und die Verwaltung von Burgdorf im Gegensatz zu anderen politischen Gemeinden sich schon sehr früh mit der Problematik von fehlenden Mitteln und einem drohenden Bilanzfehlbetrag auseinandersetzt und eine tragbare Lösung sucht. Dadurch hat Burgdorf heute eine etwas entspanntere Finanzlage. Ein spezieller Dank geht an die Finanzdirektion, im Speziellen Hofer Peter, der uns mit den nötigen Unterlagen ausrüstet und diese auch gut erklärt. Was wir aber trotz der etwas entspannteren Finanzlage nicht vergessen dürfen, ist die Tatsache, dass wir in den letzten Jahren aufgrund von ausserordentlichen Buchgewinne, wie zum Beispiel das Kornhaus, und legalen Tricks, wie die Schulhaus AG, so gut überstanden haben. Auf diese Umstände dürfen wir uns in Zukunft nicht verlassen. Es verlangt nach wie vor von allen eine grosse Disziplin, damit in Zukunft unsere Finanzen im Gleichgewicht bleiben und Reserven für zukünftige Grossprojekte geschaffen werden können. Im Bericht auf der Seite 14 beim Punkt 4.4.3. hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es geht bei diesem Punkt um die Sparprogramme 2006 bis 2012. In der zweiten Zeile in der Klammer sollte es nicht plus 5, sondern plus 3 Mio. Franken heissen. Auf der Seite 19 beim Punkt 5.1.2. sind neben der Grafik im ersten Block die 5 Mio. Franken erwähnt. Es hat mit den Zahlen eine Verwechslung gegeben. Die 5 Mio. Franken beinhalten zusätzliche Einnahmeverluste wie zum Beispiel durch die Steuergesetzrevision.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass man bereits vor 14 Tagen in diesem Kreis die Auslegeordnung des GR zu den städtischen Finanzen präsentiert hat. In der Zwischenzeit hat der SR den ausführlichen Bericht "Haushaltgleichgewicht 2020" zugeschickt erhalten. Die städtischen Finanzen sind grundsätzlich auf solidem Kurs. Die Sparmassnahmen der letzten Jahre tragen Früchte. Die Finanzaussichten präsentieren sich völlig anders, als wir damals die erste Sanierungsstrategie lanciert haben. Zusätzlich wissen wir jetzt auch, wie sich HRM2 und die neue Rechnungslegung auf die städtischen Finanzen auswirken, nämlich positiv. Dies zeigen wir in unserem Bericht auf. Aus diesem Grund braucht es jetzt auch keine weitere kurzfristige Sparübung. Im Gegenteil, es wäre schade. Man müsste Dienstleistungen zerstören, die wir in den letzten Jahren sorgfältig aufgebaut haben. Diese tragen auch zum guten Leben in unserer Stadt bei. Es geht im Moment um ein Budget, das defizitär ist. Das Defizit kann aber mit dem Eigenkapital aufgefangen werden. Ab 2016 schreiben wir wieder schwarze Zahlen. Das ist eine gute und beruhigende Aussicht und stimmt zuversichtlich. Burgdorf will sich als Stadt im Emmental behaupten. Das ist auch im SR nie bestritten worden. So wie sich die Finanzen entwickeln, ist das auch möglich. Natürlich bleiben die Mittel beschränkt, aber sie sind für eine vernünftige Entwicklung vorhanden. Natürlich bleibt der sorgfältige Umgang mit den Finanzen oberste Priorität. Der GR hat sich darauf geeinigt, nach welchen Kriterien man künftig den Finanzhaushalt steuern will und dafür ein Ampelsystem eingeführt. Das System setzt voraus, dass wir die finanzielle Entwicklung sorgfältig über einen Zeithorizont von vier Jahren beobachten und sie klar an definierten Kenngrössen beurteilen. Das System legt fest, ab welchem Zeitpunkt grundsätzlich Kurskorrekturen nötig werden. Die Ampelsteuerung ist die Form eines Warnsystems. Es soll nicht zuletzt dem Parlament gegenüber mehr Transparenz schaffen. Das sind die Eckpfeiler des Haushaltberichtes. Aus denen leiten wir auch die Beantwortung der folgenden Aufträge ab. Konkret dazu nimmt Gemeinderat Urech Peter, als Finanzverantwortlicher, noch Stellung. Aus verschiedenen Fraktionen ist uns zu Ohren gekommen, dass man sich an den formellen Hinweisen auf die Verbindlichkeit der eingereichten Vorstösse und Aufträge stört. Das töne belehrend und sei nicht

nötig. Dieser Hinweis ist ausdrücklicher Wunsch der GPK gewesen. Die Formalitäten sollten festgehalten werden. Dies schaffe Transparenz und der SR weiss damit auch, ob der Vorstoss oder Auftrag Richtliniencharakter hat oder verbindlich ist. Die Mitglieder der GPK können diesen Wunsch bezeugen. Die Staatskanzlei macht dies gegenüber dem Grossen Rat genau gleich. Es ist die genau gleiche Systematik. Zuerst erfolgt das Formelle und nachher das Materielle. Der Grosse Rat hat sich an dieses System gewöhnt. So weiss man, woran man ist. Man kann zudem einem Anliegen mit der Überweisung mehr Gewicht geben, so dass die Exekutive nicht einfach darüber hinwegsehen kann.

Stadträtin Rüfenacht Andrea, namens der SP-Fraktion, ist der Meinung, dass der GR und die Finanzdirektion gute Arbeit geleistet haben. Die vorliegende Finanzstrategie ist umfassend dargestellt und transparent erklärt. Die Informationsveranstaltung im Vorfeld wurde sehr geschätzt. Erstens, weil man länger Zeit hat um die umfangreichen Dokumente zu studieren und zweitens, weil es dadurch klar wird, dass sich der GR sehr intensiv mit der zukünftigen Entwicklung der Finanzen befasst hat. Die SP-Fraktion dankt deshalb allen Beteiligten der Informationsveranstaltung. Die SP-Fraktion teilt die Meinung des GR, dass die Burgdorfer Finanzlage in etwa im Gleichgewicht ist. Dies hat man vor allem den einschneidenden Sparmassnahmen zu verdanken. Somit ist Burgdorf die Insel der Glückseligen. Im Gegensatz zu vielen anderen Berner Gemeinden musste keine Steuererhöhung gemacht werden. Die Einnahmeseite wird kaum bewirtschaftet, ausser, dass einige Gebühren erhöht worden sind. Dies war zwar dringend notwendig, um das vorliegende Resultat zu erreichen, aber nicht sehr sozial. Die SP-Fraktion stellt sich die Frage, wo der Spielraum für notwendige Investitionen in Zukunft ist. In diesem Zusammenhang stellt sich zudem die Frage, wo das jährliche strukturelle Defizit von 3 Mio. Franken geblieben ist. Burgdorf ist sicher kein Sanierungsfall. Dies trotz der zunehmenden Belastung durch immer höhere Kantonsabgaben. Immerhin scheint HRM2 die Erwartungen zu erfüllen und ermöglicht so in Zukunft hoffentlich ein entspannteres Wirtschaften. Die Entwicklung zeigt klar, dass sich die Finanzlage weiter stabilisieren wird. Der GR hat in Vergangenheit bewiesen, dass ein sorgfältiger Umgang mit den Finanzen gepflegt wird und hat somit das Vertrauen in die Zukunft. Die SP-Fraktion nimmt den Bericht des GR wohlwollend zur Kenntnis.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man den Bericht zum Haushaltgleichgewicht 2020 eingehend studiert hat. Die SVP-Fraktion steht klar hinter der Finanzstrategie. Die SVP-Fraktion dankt dem GR und der Finanzdirektion für das ausführliche Papier. Den Anträgen des GR wird die SVP-Fraktion zustimmen.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth antwortet auf die Frage betreffend dem strukturellen Defizit. Dies hängt damit zusammen, dass die Sparmassnahmen beginnen zu greifen. Zum Beispiel wurden Stellen nicht mehr ersetzt. Dabei handelt es sich um Stellen von pensionierten Personen. Es wurden keine Personen auf die Strasse gestellt. Es wurde eine gezielte Personalpolitik geführt. Mit der Pensionierung von Personen wurden gewisse Dienste zusammengelegt oder sogar abgebaut. Diese Massnahmen greifen nicht per sofort. Der zweite Grund ist das HRM2. Dies wird auch anderen Gemeinden helfen, damit man eine bessere Ausgangslage hat. Der dritte Grund sind die Reserven der Localnet AG. Die Ausgangslage hat sich in Burgdorf verbessert. Es sind nicht mehr nur Buchgewinne, welche die Rechnung verbessern. Ein Dank für den Bericht und die Informationsveranstaltung geht an die Finanzdirektion und Präsidialdirektion, im Speziellen an Stadtschreiber Schenk Roman.

A b s t i m m u n g

1. Der Stadtrat nimmt vom Bericht "Haushaltgleichgewicht 2020" Kenntnis.
2. Er nimmt Kenntnis von der neuen Finanzstrategie des Gemeinderates mit dem Warnsystem der Ampelsteuerung.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

b) Auftrag BDP, CVP, EDU, FDP und SVP betreffend "Finanzen der Stadt Burgdorf"

Stadtratspräsidentin Meier Christine teilt mit, dass zu diesem Auftrag ein Abänderungsantrag der bürgerlichen Fraktionen eingereicht wurde. Die Vorsitzende informiert über das weitere Vorgehen. Zuerst erfolgt die Diskussion und im Anschluss wird über die Anträge abgestimmt.

Antrag Bürgerliche Fraktionen

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat im Jahr 2016 ein ausgeglichenes oder positives Budget zur Genehmigung vorzulegen. Dieser ausgeglichene oder positive Voranschlag ist möglichst ohne Leistungsabbau der städtischen Dienstleistungen, ohne Steuererhöhung und ohne Kündigungen von städtischem Personal zu erreichen.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass die bürgerlichen Fraktionen ursprünglich verlangt haben, im Jahr 2015 und den kommenden Jahren ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Der Abänderungsantrag verlangt neu ein ausgeglichenes oder positives Budget 2016. Nach der Einführung von HRM2 ab 2016 und den gemachten Berechnungen wird Burgdorf nicht nur ein ausgeglichenes, sondern ein positives Budget präsentieren können. Unter diesem Aspekt könnte der GR eigentlich mit der Überweisung des Auftrages leben. Der GR bleibt aber formell bei der Ablehnung des abgeänderten Auftrages. Einerseits aus rechtlichen und andererseits aus materiellen Gründen. Nach übergeordnetem kantonalem Recht, vor allem gemäss dem Gemeindegesetz, baut die Steuerung des Finanzhaushaltes der Laufenden Rechnung auf ein System, das ein Budgetdefizit nicht nur zulässt, sondern unter bestimmten und klar definierten Bedingungen als Steuerungsinstrument zwingend gebietet. Materielle Gründe bedeutet, dass ein ausgeglichenes Budget erstrebenswert sein muss. Der Weg zu diesem Ziel ist aber nicht zwingend. Ein Aufwandüberschuss darf budgetiert werden, wenn dieser durch Eigenkapital gedeckt ist oder wenn Aussicht auf Deckung eines Bilanzfehlbetrages innert vier oder acht Jahren besteht. Sowohl auf der Ertrags- wie auch auf der Aufwandseite können die Abgaben an den Kanton schlicht weg nicht genau budgetiert werden. Das Eigenkapital dient dabei als Schwankungsreserve. Wenn man die Entwicklung des Eigenkapitals der letzten zehn Jahre anschaut, ist ersichtlich, dass das Eigenkapital nie tiefer als 2.5 Mio. Franken gesunken ist. Im Durchschnitt lag das Eigenkapital bei 4 bis 5 Steuerzehntel. Im Vergleich dazu verfügt der Kanton Bern seit einiger Zeit über kein Eigenkapital mehr. Der Kanton Bern ist somit ein Sanierungsfall. Als Massnahme führte der Kanton im Jahr 2008 die Schuldenbremse ein. Die Verpflichtung ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, behindert eine situative und vernünftige Haushaltführung, jedenfalls so lang wie keine Bilanzfehlbeträge abgebaut werden müssen. Damit es nicht so weit kommt, sorgt das neue eingeführte Ampelsystem.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der Grünen-Fraktion, dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit. Das Votum der SP-Fraktion wird unterstützt. Das Wort des GR kann vollumfänglich unterstützt werden. Es erstaunt jetzt aber, dass die bürgerlichen Parteien einen Abänderungsantrag einreichen. An der Informationsveranstaltung anfangs Mai wurde dem SR das System zum Haushaltgleichgewicht erläutert. Der Auftrag ist nicht notwendig. Burgdorf ist kein Sanierungsfall. Der Abänderungsantrag ist unverständlich. An der Informationsveranstaltung hat man viel gelernt und auch mitbekommen. Die Grünen-Fraktion lehnt den Auftrag und den Abänderungsantrag ab.

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass es ein ungeschriebenes Gesetz ist, dass Anträge den Stadtratsmitgliedern genug früh unterbreitet werden, damit diese diskutiert werden können. Es ist nicht einleuchtend, warum man ausgerechnet für das Jahr 2016 ein ausgeglichenes Budget verlangt, wenn es gemäss Finanzstrategie bereits geplant ist. Auch der SP-Fraktion gefällt es besser, wenn ein ausgeglichenes Budget vorgelegt wird. Ein ausgeglichenes Budget muss auch das Ziel sein. Die Erfüllung der Aufgabe der Stadt Burgdorf und das tätigen der nötigen Investitionen haben oberste Priorität. Burgdorf hat genug Eigenkapital als Schwankungsreserven. Eine Gemeinde muss kein Vermögen aufbauen. Es braucht bezüglich Eigenkapital genügend Reserven damit sich Burgdorf auch in schwierigen Zeiten antizyklisch verhalten kann. Das Budget ist aber nicht die massgebende Grösse. Die Stadt Burgdorf braucht den erforderlichen Spielraum und die nötige Flexibilität, um auf die verschiedenen Einflüssen mit der notwendigen Beweglichkeit reagieren zu können. Das Zusammenspiel mit dem Kanton zeigt auf, wie unberechenbar die Faktoren sein können, welche die Rechnung beeinflussen. Mit dem vorliegenden Auftrag würde man die Stadt Burgdorf an die kurze Leine nehmen und sie so handlungsunfähig machen. Umso mehr, da vermutlich die Bürgerlichen bei jedem Budget das Damoklesschwert zur Ablehnung des Budgets über die Stadt

Burgdorf schweben lassen. Was das anrichten kann, konnten wir letzten Herbst in Amerika sehen. Die SP-Fraktion lehnt den Auftrag ab. Die Bürgerlichen werden gebeten, eine vernünftige Finanzpolitik mitzutragen. Eventuell müsste auch die Einnahmeseite verändert werden.

Stadträtin Kuster Müller Beatrice, namens der EVP, teilt mit, dass man nur Unverständnis für sowas hat. Der SR wurde an der Informationsveranstaltung vom 6. Mai 2014 über die komplexe und fragile Finanzstrategie und -politik informiert. Mit dem Auftrag wird ein Keil dazwischen gelegt und das ist unverständlich. Der Auftrag wird abgelehnt.

Stadtrat Rappa Francesco hat Verständnis für die gemachten Aussagen. Es gibt verschiedene Gründe, warum der Auftrag formuliert und eingereicht wurde. Der ursprüngliche Auftrag, der nun abgeändert wurde, verlangte für das Jahr 2015 und künftige Jahre ausgeglichene Budgets. An der Informationsveranstaltung wurde ein Handout verteilt. Auf einer Folie steht gemäss Gemeindegesetz, dass der Voranschlag so auszugestalten ist, dass der Finanzhaushalt ausgeglichen ist. In den Unterlagen, die im Nachgang abgegeben wurden, steht, dass der Voranschlag auf einen ausgeglichenen Finanzhaushalt auszurichten sei. Aufwand und Ertrag halten sich die Waage. Ein Aufwandüberschuss ist zulässig, wenn das Eigenkapital diesen deckt. Der Auftrag verlangt also genau das, wie es in der Vorlage umschrieben ist, nicht mehr und nicht weniger.

Stadtrat Ritter Michael, namens der GLP, teilt mit, dass man den ursprünglichen Auftrag nicht unterstützt hätte. Es wäre eine Murksübung gewesen, weil es Kürzungen nach sich gezogen hätte mit negativen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger. Die Forderung eines ausgeglichenen Budgets für das Jahr 2016 ist okay, aber unspektakulär, weil es gemäss Finanzplanung sowieso der Fall ist. Es wäre jedoch ein falsches Zeichen, wenn der SR gegen die Finanzstrategie einschreiten würde. Die GLP wird dem abgeänderten Antrag zustimmen. Die Überweisung ist vertretbar. In der Stadtratsvorlage beim Formellen hat man sich nicht über den belehrenden Ton, sondern vielmehr an der falschen Aussage gestört. Der eingereichte Auftrag ist nur eine Richtlinie an den GR für ein bestimmtes Budget. Ob es sinnvoll ist oder nicht, ist eine politische Frage. Eine solche Richtlinie ist jedoch zulässig. Es wäre anders, wenn wir in der Burgdorfer Gemeindeordnung schreiben würden, dass nie mehr Defizite ausgewiesen werden dürfen. Der Auftrag ist kein Hindernis. Im ursprünglichen Wortlaut hat es jedoch einen Haken, weil steht, dass ab dem Jahr 2015 ein ausgeglichenes Budget verlangt wird. Diese Aussage wäre kritisch und wurde mit dem Abänderungsantrag angepasst. Die GLP unterstützt das Anliegen. Der SR muss dafür sorgen, dass der GR seine Finanzstrategie umsetzen kann.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass der Hinweis betreffend dem übergeordneten Gesetz zwar richtig ist, aber dann wäre der Auftrag nicht mehr nötig. Die Finanzplanung zeigt, dass wir mit einem ausgeglichenen oder sogar positiven Budget für das Jahr 2016 rechnen. Die Sicherheit hat man allerdings nie. Es gibt nichts Sicheres als die Unsicherheit in der Politik und der Finanzentwicklung. Die Kantonsabgaben sind zudem jederzeit fraglich und nicht beeinflussbar.

Stadtrat Bucher Theophil ist der Meinung, dass solche Vorstösse ein Misstrauen gegenüber dem GR und der Verwaltung ist. Das ist schade. Alle rühmen und unterstützen die Finanzstrategie, aber der Auftrag drückt ein Misstrauen aus. Man kann nicht wissen, was noch alles auf Burgdorf zukommt. Vielleicht braucht es aus irgendwelchen Gründen im Jahr 2016 ein defizitäres Budget. Der GR muss deshalb auch die Möglichkeit haben dies zu budgetieren, wie es auch die Finanzstrategie vorsieht. Es stört, dass man eine solche Murksübung macht, auch wenn es erst das Jahr 2016 betrifft. Es ist wie Kaffeesatz lesen, was in Zukunft auf die Stadt Burgdorf zukommt. Das Anliegen bringt nicht viel und es ändert wahrscheinlich nichts. Die Überweisung ist nicht sinnvoll.

Stadtrat Rappa Francesco teilt mit, dass es widersprüchlich ist, einerseits zu rühmen und andererseits zu sagen, dass es Kaffeesatz lesen sei.

Stadtrat Berger Stefan möchte von bürgerliche Seite wissen, was passieren würde, wenn die Kantonsabgaben im Jahr 2016 enorm steigen würden und man ein negatives Budget vorlegen müsste. Wäre es nicht besser, den Auftrag zurückzuziehen und mit dem Budget 2014 eine Parlamentserklärung einzureichen, wenn man mehr weiss.

Stadtrat Rappa Francesco weiss nicht, warum man eine solche Angst hat. Es kann ein solcher Fall eintreten. Der GR muss dem SR das Budget vorlegen. Der SR kann das Budget genehmigen oder ablehnen. Wenn der Fall eintreten sollte, sind wir im SR intelligent genug, die Begründungen entsprechend entgegen zu nehmen und ein negatives Budget zu genehmigen.

Stadtrat Berger Stefan teilt mit, dass dies aber dem Auftrag widerspricht.

Stadtrat Rappa Francesco teilt mit, dass es entsprechend vom Gesetz verlangt wird.

A b s t i m m u n g

Antrag Bürgerliche Fraktionen

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat im Jahr 2016 ein ausgeglichenes oder positives Budget zur Genehmigung vorzulegen. Dieser ausgeglichene oder positive Voranschlag ist möglichst ohne Leistungsabbau der städtischen Dienstleistungen, ohne Steuererhöhung und ohne Kündigungen von städtischem Personal zu erreichen.

Der Stadtrat stimmt mit 22 Ja und 12 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Antrag zu.

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat im Jahr 2016 ein ausgeglichenes oder positives Budget zur Genehmigung vorzulegen. Dieser ausgeglichene oder positive Voranschlag ist möglichst ohne Leistungsabbau der städtischen Dienstleistungen, ohne Steuererhöhung und ohne Kündigungen von städtischem Personal zu erreichen.

Der Stadtrat überweist mit 22 Ja und 14 Nein Stimmen den abgeänderten Auftrag an den Gemeinderat.

c) Auftrag BDP, CVP, EDU, FDP, GLP und SVP betreffend "Nachhaltige Entwicklung Stadt Burgdorf"

Stadtratspräsidentin Meier Christine informiert über das weitere Vorgehen. Über die Ziffer 1 und 2 wird getrennt abgestimmt. Die FDP-Fraktion hat einen Abänderungsantrag zu Ziffer 2 eingereicht.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Righetti Sandro, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass aus terminlichen Gründen der eingereichte Auftrag nicht realisierbar ist, deshalb wurde der Abänderungsantrag eingereicht. Der SR wird gebeten, den Abänderungsantrag zu unterstützen. Der Auftrag muss realistisch realisiert werden können. Der einzige Unterschied zum eingereichten Wortlaut ist der Fristenlauf. Die Kenntnisnahme der Offerten kann dem SR per Post, per Mail oder an der Informationssitzung im August zugestellt werden. Was mit den Offerten passiert, ist offen. Es wird nicht verlangt, dass die Überprüfung eins zu eins durchgezogen wird. Der SR möchte wissen, was eine Überprüfung kostet und wie der Ablauf wäre.

Antrag FDP

Ziffer 2: **Es sind** bei mindestens 3 externen Beratungsfirmen Offerten für die Überprüfung der Verwaltung hinsichtlich optimierter Abläufe und Organisation, für Analyse, Beratung und Umsetzung (inkl. NPM), einzuholen und dem Stadtrat bis **August 2014** vorzulegen.

Gemeinderat Urech Peter informiert zu Ziffer 1, dass eine nachhaltige Investitionsplanung bis zur Budgetdebatte im November verlangt wird. Der GR stellt zu Ziffer 1 einen Abänderungsantrag mit dem Wortlaut: "Der Gemeinderat zeigt dem Stadtrat jeweils mit dem Budgetantrag die Investitionstätigkeit der nächsten Jahre auf". Die Gründe für den Abänderungsantrag sind nicht weiter bestritten. Die Zuständigkeit der Investitionsplanung muss beim GR bleiben. Die Geschichte in Sachen Investitionsplanung zeigt, dass in den vergangenen 17 Jahren die Stadt Burgdorf zwei unterschiedliche Finanzstrategien verfolgt hat. 1997 bis 2004 war die Zielsetzung, Schulden

abzubauen, Eigenkapital zu bilden und die Steuern zu senken. Diese Ziele wurden erreicht, allerdings auch auf Kosten von Investitionen, die nötig gewesen wären. Zwangsläufig hat die Legislatur 2005 bis 2008 grosse Investitionen im Umfang von 21 Mio. Franken nachgeholt oder ordentlich bewältigt wie die Schulhäuser, das Casino, die Markthalle oder das Eissportzentrum. Die mittelfristige Investitionsplanung steht dem Parlament zur Einsicht offen. Im Bericht Haushaltgleichgewicht 2020 hat der GR die wichtigsten Investitionsvorhaben der nächsten Jahre aufgezeigt. Aus diesem Grund beantragt der GR die vorliegende Änderung der Ziffer 1. Die ursprüngliche Form der Ziffer 2 verlangte bis März 2014 mindestens drei Offerten für die Überprüfung der Verwaltung, hinsichtlich optimierter Abläufe und Organisation, für Analyse, Beratung und Umsetzung inkl. NPM. Der GR erachtet eine externe Organisationsüberprüfung als nicht zielführend. Im Jahr 2006 wurde NPM mit grossem finanziellen Aufwand in einem tiefgreifenden Reformprozess auf Verwaltungs- und Behördenebene verankert worden. Mit dieser Massnahme konnte ein Kulturwandel auf allen Ebenen erreicht werden. Das strategische Denken in Politik und Verwaltung wie auch das Kostenbewusstsein wurden gefördert. Die Verwaltung wurde effizienter. Seit der Einführung von NPM wurden Aufgaben und Organisation der Verwaltung mehrfach intensiv überprüft, was auch zu organisatorischen Anpassungen führte. Erwähnt sei an dieser Stelle die Verzichtplanung, die Sanierungsstrategien und die Gemeinderatsreform. Bei jeder Stellenvakanz und jedem Budgetprozess wird die Organisation laufend überprüft. Angesichts des umfassenden Überprüfungsauftrages wäre mit Kosten in sechsstelliger Höhe zu rechnen. Der GR ist angesichts der Kosten, die bereits in diesem Zusammenhang ausgegeben wurden, in der Grössenordnung von zirka Fr. 800'000.--, der Meinung, dass eine Überprüfung keinen Sinn macht. Deshalb beantragt der GR, die Ziffer 2 zur Ablehnung. Bei den Offerten, die gemäss Auftrag eingeholt werden sollen, müsste man auch die Offerttiefe ausschreiben. Je nachdem hat dies Auswirkungen auf die Kosten. Es müsste klar festgelegt werden, was man wie überprüfen muss.

Stadtrat Ingold Rolf teilt mit, dass dem GR und SR eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Burgdorf nahe liegt. Die politische Arbeit steht dafür. Um sich ein Bild zu verschaffen, eine Idee zu bekommen und weiteres Potenzial zur Entwicklung zu finden, ist der Auftrag mit der Ziffer 2 formuliert worden. Der GR soll drei unabhängige Offerten zur Überprüfung und zur Analyse der Verwaltung einholen. Mehr will der Auftrag nicht. Der Auftrag bestimmt auch die Tiefe der Offerte nicht. Der GR kann dies selber bestimmen und ausloten. Es ist ein einfacher Auftrag, wie man ihn in der Privatwirtschaft auch bestens kennt unter dem Namen continuous improvement. Dies stets mit dem Ziel sich zu verbessern, die Möglichkeiten aufzuzeigen, gewisse Themen und Abläufe der Organisationen weiterzubringen. Der vorliegende Auftrag verlangt nichts anderes vom GR, als von externen Firmen drei Ideen einzuholen über das wie, wo und was mit dem zu erwartenden Aufwand. Es geht um drei Offerten und nicht um eine teure Umsetzung. Es gibt seriöse und kompetente Firmen für die öffentliche Verwaltung, welche auch spezialisiert sind dafür. Bei der Offertanfrage erhält man einen Strauss von Ideen wie und wo man Analysen ansetzen kann. Eine solche strategische Entwicklung interessiert den SR für das Wohl von Burgdorf. In der Stellungnahme zählt der GR die bereits erfolgten Anstrengungen diesbezüglich auf. Der vorliegende Auftrag stellt diese Aufzählung überhaupt nicht in Frage und will sie auch in keinsten Weise diskriminieren oder in den Schatten stellen. Als Mitglied der GPK erwähnt Stadtrat Ingold Rolf, dass die GPK die jährliche Verwaltungskontrolle im Rahmen ihrer Möglichkeiten durchführt. Die GPK hat dazu ein entsprechendes Handbuch erarbeitet. Die Verwaltungskontrolle der GPK mit ihren halbtägigen Interviews in der Verwaltung kann nie eine vollumfängliche und tiefe Analyse vornehmen und entsprechende Massnahmen vorschlagen. Mit einem halben Tag Analyse kann die GPK dem komplexen Verwaltungsaufgabenteil nicht umfassend gerecht werden. Dies sicher nicht wie es externe Spezialisten können. Es wäre gegenüber den Mitarbeitenden der Verwaltung und den heute vorliegenden Systemen wie wir sie kennen und leben, fast unanständig, wenn sich die GPK in Anspruch nimmt, dass die jährlich zweimal 90 Minuten Interview genügen sollen, um eine tiefgründige Analyse der Prozesse zu machen und gleichzeitig Massnahmen bieten. Die GPK kann aber einen Beitrag, wie in der Stadtratsvorlage erwähnt, leisten. Der Auftrag möchte quasi an die Arbeit der GPK anknüpfen. Man möchte lediglich wissen, was eine Überprüfung kostet, was es bedeuten würde und wie man es anpacken sollte. Der GR soll von drei Spezialfirmen Offerten einholen und diese dem SR vorlegen. Dies im Sinn von improvement. Das Einholen der Offerten wird weder Fr. 750'000.-- noch Fr. 50'000.-- kosten und die Verwaltung auch nicht wahnsinnig belasten. Das bekommt man zwar auf dem Markt nicht gratis, aber günstig und mit geringem Verwaltungsaufwand. Mit dem Einholen der Offerten geht man auch keine Verpflichtung ein. Der SR wird gebeten, dem Auftrag zuzustimmen.

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass ein umfassendes und umfangreiches Dokument vorliegt. Die GPK überprüft, wie bereits erwähnt einzelne Direktionen. Wenn dies für nichts wäre, könnte man sich den Aufwand sparen. Es kommt einem so vor, dass die Arbeit zwar gut ist, aber man vertraut dem doch nicht. Von bürgerlicher Seite hört man immer wieder man

muss sparen und Aufträge werden formuliert, vor allem wenn es darum geht zu reduzieren und nicht zu erhöhen. Jetzt werden Offerten von externen Beraterfirmen verlangt. Diese Offerten wären nicht gratis zu haben. Ob die Überprüfung im Sinne von improvement wäre, lässt sich mit der Offerte nicht mit Sicherheit sagen. In der Privatwirtschaft hat man schon öfter gehört, dass solche Vorschläge in den Wind geschlagen wurde, weil es zu viel gekostet hätte. Es stellt sich die Frage, ob dieses Vorgehen einem ausgeglichenen Budget einträglich wäre oder wo sollten diese Kosten sonst eingespart werden. Man kann schon sagen, dass es nur um das Einholen von Offerten geht. Wer aber scharf kalkuliert, wird feststellen, dass auch Arbeitsstunden von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung einen Preis haben. Diese Stunden müssten dem Auftrag angerechnet und könnten nicht der regulären Zeit verrechnet werden. Auch diese Stunden kosten Geld. Die SP-Fraktion findet sinnvolles Sparen mit gesundem Menschenverstand eine gute Sache. Die Ziffer 2 des Auftrages wird abgelehnt.

Stadtrat Rössler Andreas hat zum Votum von Stadtrat Ingold Rolf eine fachliche Ergänzung. Der Auftrag spricht von einer Optimierung des Prozesses. Es ist nirgends die Rede von Aufgabenverzicht oder Aufgabenkürzungen. Optimieren heisst, dass das bestehende Leistungsangebot nicht gekürzt wird, sondern effizienter und kostengünstiger hergestellt wird. Es muss klar getrennt werden, was mit dem Auftrag verlangt wird. Der Auftrag verlangt das Einholen von Offerten, es war nie der Wunsch nach Leistungskürzungen. Stadtrat Rössler Andreas hat mit seiner fachlichen und beruflichen Tätigkeit bereits solche Projekte durchgeführt. Gewisse Projekte sind fehlgeschlagen, das kann passieren. Mit solchen Projekten, wenn speziell die Querschnittfunktionen angeschaut werden, können 5 bis 10 % im entsprechenden Bereich eingespart werden. Dabei handelt es sich um Erfahrungszahlen. Man kann ein Musterprojekt starten, bei dem man mehrere Hunderttausend Franken investiert, aber das wäre völlig daneben. Im Endeffekt ist es häufig ein systematisches Vorgehen. Zuerst wird eine Grobanalyse durchgeführt und geschaut, in welchen Bereichen man eine vertiefte Analyse durchführen sollte. Dieses Vorgehen ist lehrreich für alle. Dies beginnt bereits bei der Offertstellung. Sparpotenzial ist vorhanden. Es geht nicht um totsparen, sondern um sich vorzubereiten auf unvorhergesehene Situationen. Über die Umsetzung wurde gar noch nicht diskutiert. Wenn man Sparpotenzial findet, kann man dies etappenweise je nach Notwendigkeit umsetzen.

Stadtrat Berger Stefan möchte wissen, ob man die Offerten dem SR unterbreiten soll. Das Vorgehen ist so zu verstehen, dass der SR drei Offerten erhält mit einer Zahl und was gemacht werden kann. Was soll der SR dann mit der Offerte anfangen? Wenn das Vorgehen Sinn machen sollte, müssten die Offerten ausgewertet werden. Die Auswertung müsste dem SR vorgelegt werden und nicht die drei Offerten. Stadtrat Berger Stefan hat zu Ziffer 2 einen Abänderungsantrag. Somit wären die bereits aufgelaufenen Kosten ersichtlich. Stadtrat Berger Stefan geht davon aus, dass die drei Offerten gratis sind.

Antrag Berger Stefan

Ziffer 2: Es sind bei mindestens 3 externen Beratungsfirmen Offerten für die Überprüfung der Verwaltung hinsichtlich optimierter Abläufe und Organisation, für Analyse, Beratung und Umsetzung (inkl. NPM), einzuholen und dem Stadtrat **mit den Aufwendungen der Stadt Burgdorf** bis August 2014 vorzulegen.

Stadtrat Rappa Francesco findet den gewählten Ansatz gefährlich. Ansonsten müsste man bei jedem eingereichten Vorstoss die Aufwendungen der Stadt Burgdorf hinterfragen.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass die externen Firmen eventuell herausfinden werden, was die Vorstösse und Aufträge für Aufwand verursachen.

Stadtrat Rappa Francesco findet es konstruktiv, dass der SR debattiert. Man geht davon aus, falls der Auftrag überwiesen wird und die Offerten eingeholt sind, dass der GR dem SR nicht nur die Offerten vorlegt, sondern auch seine Stellungnahme dazu abgibt.

Stadtrat Niederhauser David, namens der EDU, dankt dem GR für die Anstrengungen im Zusammenhang mit den eingereichten Vorstössen. Das Ziel der Aufträge ist auch, dass man sich damit auseinandersetzt. Im Finanzplan vom letzten Herbst hat es noch geheissen, dass die finanzielle Situation der Stadt Burgdorf weitehin ernst ist. Die Situation hat sich scheinbar etwas verändert. Darüber ist man glücklich und auch dankbar. Es ist wichtig, dass wir dran bleiben. Aus diesem Grund geht der Auftrag in die richtige Richtung.

Stadtrat Bucher Theophil kann dem Vorschlag einiges abgewinnen. Es wäre noch bestechend herauszufinden, was solche Firmen herausfinden und vorschlagen würden. Gemäss Votum von

Stadtrat Ingold Rolf hätten wir bereits bei den Offerten einen Strauss voller Ideen vorliegend. Es wäre nicht ganz fair die Offerten einzuholen, um zu sehen, was man machen könnte. Die Offerten hätte man, wenn möglich billig oder gratis eingeholt und somit ist die Übung vorbei. Der Auftrag wurde formuliert, bevor der Bericht Haushaltgleichgewicht vorgelegen hat. Die vorgelegte Strategie hat das Anliegen weitgehend beantwortet. Es liegt ein abgeänderter Wortlaut vor, deshalb wäre es von Vorteil, dies in der Fraktion nochmals zu besprechen. Die Offerten werden nicht ganz gratis sein. Zudem werden Aufwendungen in der Verwaltung nötig. Will man ernsthaft die Offerten umsetzen? Diese Fragen müssen bereits bei der Offertstellung beantwortet werden.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass eine Expertise grundsätzlich in der Kompetenz des GR liegt. Falls die Offerten unter Fr. 100'000.-- ausfallen, erhält der SR dies zur Kenntnis, die Entscheidkompetenz liegt aber beim GR. Falls die Offerten höher ausfallen, entscheidet der SR. Man muss mit den Firmen vorgängig absprechen, welche Informationen sie benötigen bevor eine Offerte erstellt werden kann. Ob die Offerte etwas kostet, ist ein unerheblicher Teil. Das weitere Vorgehen kann erst bestimmt werden, wenn die Offerten vorliegen. Die Kosten sind sicherlich massgebend für das weitere Vorgehen.

Stadtrat Ingold Rolf orientiert, dass er bereits einige Offerten im privaten Bereich erhalten hat. Wenn auf der Offerte ein Einzeiler mit einem Frankenbetrag steht, ist die Offerte den runden Ordner nicht wert. Damit wäre die Firma alles andere als ein Spezialist, um in der Verwaltung eine Analyse durchzuführen. Eine Offerte sollte immer einen Strauss an Ideen beinhalten. Die Ideen sind sicher nicht bis ins Detail aufgeführt. Die Offerte wird Anhaltspunkte beinhalten. In der Verwaltung arbeiten helle Köpfe, die etwas dazu beitragen können. Basierend auf den gemachten Vorstellungen können gewisse Prioritäten vorgeschlagen werden. Schlussendlich entscheidet abschliessend der GR über das weitere Vorgehen. Es geht in eine strategische Ausrichtung. Nach Einführung eines Systems vor acht Jahren, kann eine Überprüfung in Betracht gezogen werden. So abwegig ist der Vorschlag nicht.

Stadtrat Dür Hermann spricht als Unternehmer, der 20 Mitarbeitende führt. In der Tat hätte er auch keine Angst diese drei Offerten einzuholen. In seinem Betrieb wird jedes Jahr eine solche Überprüfung durchgeführt. Das ist ein Qualitätsmanagement der Prozesse. Die Einholung der Offerte ist der entscheidende Prozess. Die Offerte darf auf keinen Fall nur eine Zahl beinhalten. Die Offerte muss so aufgebaut sein, dass sich die entsprechende Person zuerst ein Bild der Verwaltung macht und dann aufzeigt, wie sie vorgehen würden und wo man Potenzial sieht. Es müssen sinnvolle und verschiedene Vorschläge gemacht werden. Man muss vor einer Überprüfung keine Angst haben.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert, dass man keine Angst vor einer Überprüfung hat. Wenn man Offerten einholen will, muss man definieren, was man überprüfen haben will. Ansonsten ist es nichts wert. Diese Aufwendungen macht man nicht einfach nebenbei. Der GR ist deshalb der Meinung, dass eine Überprüfung nicht notwendig ist. Die Burgdorfer Verwaltung steht im Benchmark sehr gut da. Die Verwaltung macht ebenfalls jährlich eine Qualitätskontrolle und zwar im Rahmen des Geschäftsberichtes. Die GPK führt jährlich eine Ergebnisprüfung durch. Die Gemeinderatsreform wurde ebenfalls durchgeführt. Die Überprüfung der Verwaltung wurde bereits durchgeführt und gut erledigt. Wenn der SR eine erneute Überprüfung will, kann er das, es ist aber nicht sehr effizient. Es hat aber nichts mit der strategischen Führung zu tun. Bei der Strategie muss man sich zum Beispiel über die einzelnen Kommissionen Gedanken machen, ob es sie braucht. Diese politische Organisation bestimmt der SR. Das politische Geschehen muss breit abgestützt sein. Bei den Offerten dürften keine strategischen Fragen verlangt werden, sondern die Abläufe müssten überprüft werden. Diese Abläufe wurden bereits überprüft, deshalb ist eine erneute Überprüfung nicht nötig.

Stadtrat Ingold Rolf teilt mit, dass man die Abläufe optimieren will. Was mit den strategischen Abläufen gemacht wird, überlässt man dem GR.

Stadtrat Ritter Michael teilt mit, dass es wichtig ist, zu wissen, dass zum Zeitpunkt der Einreichung des Auftrages zwei Sachen anders waren. Erstens waren die finanziellen Aussichten schlechter und zweitens standen Fragen betreffend den Verwaltungskosten pro Einwohner im Raum, die der GR im März beantwortet hat. Dieser Umstand relativiert den Umstand der Ziffer 2. Die Überweisung des Vorstosses schadet der Stadt Burgdorf nicht. Man muss aufpassen, wenn man die Kosten für politische Vorstösse ausrechnen will. Auf Grund der veränderten Rahmenbedingungen ist der Nutzen einer Überprüfung in Frage gestellt. Die GLP ist Mitunterzeichner beim vorliegenden Auftrag. Bei der Abstimmung zu Ziffer 2 wird sich die GLP enthalten. Die abgeänderte Ziffer 1 wird unterstützt.

Stadtrat Bucher Theophil stellt sich die Frage, ob die Frist bis August ausreicht. Diese Frist ist wohl eher zu knapp.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass das weitere Vorgehen jetzt noch nicht klar ist. Man muss schauen, dass die Frist eingehalten wird. Wenn man die Frist um zwei Monate verlängert, wäre der GR sicher froh.

P A U S E

Stadtratspräsidentin Meier Christine informiert, dass der Abänderungsantrag im Namen der eingereichten Fraktionen angepasst wurde.

Stadtrat Rappa Francesco informiert, dass der Antrag gemäss den Diskussionen angepasst wurde. Die Frist wird verlängert und zwar von August neu bis Oktober. Es wäre neu, dass eine Offerte Geld kostet. Es ist klar, dass interne Dienstleistungen etwas kosten.

Ziffer 2: Es sind bei mindestens 3 externen Beratungsfirmen Offerten für die Überprüfung der Verwaltung hinsichtlich optimierter Abläufe und Organisation, für Analyse, Beratung und Umsetzung (inkl. NPM), einzuholen und dem Stadtrat mit den Aufwendungen der Stadt Burgdorf bis **Oktober** 2014 vorzulegen.

Stadtrat Bucher Theophil ist der Meinung, dass beim Abänderungsantrag von Stadtrat Berger Stefan auch die internen Kosten aufgeführt werden müssten, und zwar alle bis zur Offertstellung anfallenden Kosten und auch die zukünftigen Aufwendungen.

Stadtrat Berger Stefan teilt mit, dass es darauf ankommt, was man mit den Offerten macht. Wenn die Offerten eingeholt werden und diese nicht umgesetzt werden, sollen die Aufwendungen bis zur Offertstellung ersichtlich sein. Wenn aus den Offerten etwas umgesetzt wird, ist es natürlich auch wichtig zu wissen, was es die Stadt Burgdorf mit allen Aufwendungen kostet.

Stadtrat Grimm Thomas ist der Meinung, dass die ganze Sache nur etwas bringt, wenn es periodisch durchgeführt wird. Der Auftrag ist falsch formuliert. Stadtrat Grimm Thomas möchte niemanden in den Rücken schiessen, denn er war zu dieser Zeit nicht im SR, aber eine einmalige Prüfung bringt nichts. Man sollte periodisch so etwas ins Auge fassen.

A b s t i m m u n g Ziffer 1

Abänderungsantrag GR

Ziffer 1: Der Gemeinderat zeigt dem Stadtrat jeweils mit dem Budgetantrag die Investitionstätigkeit der nächsten Jahre auf.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Abänderungsantrag.

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Ziffer 1: Der Gemeinderat zeigt dem Stadtrat jeweils mit dem Budgetantrag die Investitionstätigkeit der nächsten Jahre auf.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag.

A b s t i m m u n g Ziffer 2

Unterabänderungsantrag Berger Stefan

Ziffer 2: Es sind bei mindestens 3 externen Beratungsfirmen Offerten für die Überprüfung der Verwaltung hinsichtlich optimierter Abläufe und Organisation, für Analyse, Beratung und Umsetzung (inkl. NPM), einzuholen und dem Stadtrat **mit den Aufwendungen der Stadt Burgdorf** bis August 2014 vorzulegen.

Der Stadtrat lehnt mit 11 Ja und 22 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen den Antrag ab.

Abänderungsantrag einreichende Fraktionen

Ziffer 2: Es sind bei mindestens 3 externen Beratungsfirmen Offerten für die Überprüfung der Verwaltung hinsichtlich optimierter Abläufe und Organisation, für Analyse, Beratung und Umsetzung (inkl. NPM), einzuholen und dem Stadtrat mit den Aufwendungen der Stadt Burgdorf bis **Oktober** 2014 vorzulegen.

Der Stadtrat genehmigt mit 20 Ja und 8 Nein Stimmen bei 8 Enthaltungen den Antrag.

Schlus s a b s t i m m u n g

Ziffer 2: Es sind bei mindestens 3 externen Beratungsfirmen Offerten für die Überprüfung der Verwaltung hinsichtlich optimierter Abläufe und Organisation, für Analyse, Beratung und Umsetzung (inkl. NPM), einzuholen und dem Stadtrat mit den Aufwendungen der Stadt Burgdorf bis Oktober 2014 vorzulegen.

Der Stadtrat genehmigt mit 20 Ja und 9 Nein Stimmen bei 7 Enthaltungen den Antrag.

d) Auftrag SP-Grüne-Fraktion betreffend "Städtische Spezialfinanzierung und Liegenschaftssteuer"

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Urech Peter informiert, dass der Auftrag beabsichtigt, Einnahmen bei spezialfinanzierten Bereichen zu reduzieren und als Kompensation dazu die Liegenschaftssteuer zu erhöhen. Die Gebühren der Spezialfinanzierungen sind zweckgebunden und haben keinen Einfluss auf die Laufende Rechnung. Die Liegenschaftssteuer wird gemäss Reglement vom 4. Februar 2002 zusammen mit dem Budget jährlich durch den SR festgelegt. Die Liegenschaftssteuer beträgt aktuell 1.0 Promille des amtlichen Wertes. Der Höchstsatz beträgt im Kanton Bern 1.5 Promille. Die beantragte Erhöhung von 1.0 auf 1.3 Promille würde Mehreinnahmen von rund Fr. 900'000.-- pro Jahr generieren. Der GR hat dem SR schon zwei Mal den Vorschlag unterbreitet, die Liegenschaftssteuer angemessen zu erhöhen. Der SR hat dieses Ansinnen beide Male abgelehnt. Der vorliegende Auftrag zeigt einen neuen Ansatz auf. Eine Mehrzahl der privaten Haushalte würde nicht zusätzlich belastet. Deshalb kann nicht von einer Steuererhöhung gesprochen werden. Der Vorteil dieser Verlagerung von Einnahmen in Spezialfinanzierungen zu Einnahmen in die laufende Rechnung liegt darin, dass keine Zweckbindung mehr besteht und alle öffentlichen Aufgaben damit finanziert werden können. Wichtig dabei ist, die Spezialfinanzierungen dadurch nicht zu schwächen, so dass diese Aufgaben im bisherigen Rahmen weiter erfüllt werden können. Die im Bericht Haushaltgleichgewicht 2020 dargestellte Finanzlage erfordert keine Erhöhung der Liegenschaftssteuer. Deshalb verzichtet der GR darauf, dem SR einen Antrag zur Liegenschaftssteuer zu stellen. Der GR empfiehlt dem SR jedoch, eine zusätzliche Verbesserungsmaßnahme als Option zu prüfen. Über die Gebühren und die Liegenschaftssteuer könnte man somit zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der Gegenantrag des GR unterstützt wird. Der Auftrag verlangt vom GR eine Offerte, was es heissen würde, wenn die Gebühren abgeändert und die Liegenschaftssteuer erhöht werden. Es soll für die Mehrheit nicht zu Mehrkosten führen. Es ist ein neuer Ansatz. Die Spezialfinanzierung soll nicht geschwächt werden. Der GR hat bis im November Zeit um dem SR die Offerte zu unterbreiten. Wir müssen auch nicht Angst haben, dass irgendetwas passiert, das wir nicht wollen. Schlussendlich kann der SR bei der Budgetdebatte im November darüber entscheiden. Der SR wird gebeten, den Auftrag zu überweisen.

Stadtrat Meier Marcel, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass man sich solche Aufträge sparen kann. Den Auftrag braucht es nicht. Die Erhöhung der Liegenschaftssteuer wird bereits im Grundsatz abgelehnt. Die Frage der Gebühren auf der anderen Seite, ist heikel und darf nicht durchmischt werden. Die Ausgangslage wäre schön, da es für die Einwohner unter dem Strich nicht mehr oder weniger kostet. Steuern und Gebühren sind jedoch zwei paar verschiedene Schuhe. Die Gebühren werden erhoben für Kosten, die tatsächlich anfallen. Wenn die Spezialfinanzierungen dermassen überfinanziert sind, müssen wir über eine Gebührensenkung diskutieren. Das ist aber ein anderes Thema. Die SVP-Fraktion sieht es eher skeptisch, dies zu vermischen. Eine Steuererhöhung braucht es nicht, auch keine auf Vorrat. In der Stellungnahme des GR steht, dass Burgdorf sehr gut dasteht.

Der Kanton Bern steht steuertechnisch immer noch sehr leid da. Der Liegenschaftssteuersatz in Burgdorf sieht nach sehr wenig aus, aber mehr als ein Drittel der bernischen Gemeinden verlangen 1.0 Promille und ein gutes halbes Dutzend sogar weniger. 109 Gemeinde verlangen mehr als 1.3 Promille. Bei der Ansicht der Vermögenssteuer und des Steuerfusses liegt Burgdorf im hinteren Teil der bernischen Gemeinden. Bei einer Steuererhöhung würde Burgdorf als Wohnorts- und Wirtschaftsstandort schlecht dastehen. Bei den Gebühren wird das Verursacherprinzip unterstützt und soll so bleiben. Es heisst immer wieder, dass diese paar Franken nichts ausmachen und nur die Reichen und Liegenschaftsbesitzer trifft. Es trifft aber die Unternehmer, also die Wirtschaft, die grosse Liegenschaften besitzen, und auch schon hohe Steuerbeträge bezahlen. Zudem trifft es die Eigenheimbesitzer, die auch nicht viel Geld haben, und auch hohe Hypothekarzinsen zahlen müssen.

Stadtrat Wyss Christoph, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass es keine weitere Offerte braucht. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth hat auf den Unmut betreffend der Formulierung beim Formellen der Stellungnahme Stellung bezogen. Dieser Auftrag ist im Formellen ganz klar nicht überweisbar. Die Überweisung des Auftrages würde einigen Leuten wohl passen, deshalb wurde der Wortlaut abgeändert. Dabei müssten die entsprechenden Reglemente ebenfalls überprüft und wo nötig angepasst werden. Es wird nicht überall mit gleich langen Ellen gemessen. Einmal wird geschrieben wegen dem übergeordneten Recht geht es nicht und ein anderes Mal ist es nicht rechtens, aber es wird aufgezeigt, wie man vorgehen müsste. Die Aufträge sollen alle gleich behandelt werden, ansonsten wird es problematisch. Wie wir ja beim vorherigen Auftrag bereits feststellen konnten. Die Spezialfinanzierungen können nicht mit den Gebühren vermischt werden. Die Erhöhung der Liegenschaftssteuer wurde bereits zwei Mal abgelehnt. Man hofft, dass nun nicht alle Jahre ein weiterer Vorstoss in dieser Richtung eingereicht wird. Die Finanzstrategie 2020 zeigt, dass man ohne Erhöhung der Liegenschaftssteuer leben kann. Deshalb hofft man, dass das Thema Liegenschaftssteuer bis ins Jahr 2020 vom Tisch ist. Die Spezialfinanzierung soll der GR überprüfen und wo nötig Korrekturen einleiten. Es soll nicht so herauskommen wie bei der Stadt Bern, wo man mit der Kehrgebühren bis vor Bundesgericht ging und dann die Jahre 2007 bis 2010 zurückbezahlt werden mussten. Es war eine riesige und aufwendige Sache. Die BDP-Fraktion wird den Auftrag ablehnen.

Stadtrat Berger Stefan teilt mit, dass der ursprüngliche Wortlaut zugunsten des Abänderungsantrages des GR zurückgezogen wird. Beim geänderten Wortlaut steht nichts mehr von 1.3 Promille. Da der ursprüngliche Wortlaut zurückgezogen wurde, muss nur über den Antrag des GR abgestimmt werden.

Stadtschreiber Schenk Roman informiert, dass der ursprüngliche Wortlaut nicht zurückgezogen werden kann.

A b s t i m m u n g

Abänderungsantrag GR

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat mit dem Budgetantrag 2015 eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer zu beantragen in dem Umfang, wie er durch Gebührensenkungen bei Spezialfinanzierungen kompensiert werden könnte. So weit Reglementsänderungen erforderlich sind, legt der Gemeinderat diese Änderungsanträge gleichzeitig vor.

Der Stadtrat genehmigt mit 14 Ja und 8 Nein Stimmen bei 14 Enthaltungen den Antrag.

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat mit dem Budgetantrag 2015 eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer zu beantragen in dem Umfang, wie er durch Gebührensenkungen bei Spezialfinanzierungen kompensiert werden könnte. So weit Reglementsänderungen erforderlich sind, legt der Gemeinderat diese Änderungsanträge gleichzeitig vor.

Der Stadtrat lehnt mit 14 Ja und 22 Nein Stimmen den Auftrag ab.

7. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Interpellation Tobias Kälin und Michael Ritter (GLP) betreffend städtische Wohnungen
- Interpellation Tabea Bossard-Jenni betreffend Fernwärme-Anlagen der Localnet

Stadtratspräsidentin Meier Christine teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist. Die erste Runde übernimmt Stadtrat Ritter Michael. Er feiert heute Geburtstag. Der SR gratuliert ihm recht herzlich und wünscht ihm alles Gute.

Stadtrat Rappa Francesco teilt mit, dass die nächste Stadtratsstizung am 23. Juni 2014 stattfindet. Am 20. Juni 2014 um 19.00 Uhr vergibt der Altstadtleist in Zusammenarbeit mit der Stadt Burgdorf beim Theater Z den Altstadtpreis. Am gleichen Abend findet zudem der Nachtmarkt statt. Am 27. Juni 2014 findet für kleine Kinder beim Ententeich ein kleines Fest statt.

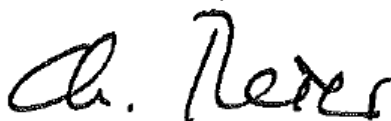
Stadtrat Penner Nadaw möchte wissen, warum es nicht möglich ist, den ursprünglichen Wortlaut eines Auftrages zurückzuziehen. Dieses Vorgehen wäre effizienter. Worauf stützt man sich dabei?

Stadtschreiber Schenk Roman teilt mit, dass er diese Frage per Mail an den SR beantworten wird.

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Die Stadtratspräsidentin



Christine Meier

Für das Protokoll



Brigitte Henzi

Burgdorf, 10. Juni 2014 / hbr